

Stellungnahme der AfD-Gemeinderatsfraktion zum Haushaltsentwurf 2020



- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper,
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Janocha,
sehr geehrter Herr Baudezernent Setzer,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Stadträte,
sehr verehrte anwesende Bürgerinnen und Bürger,
werte Pressevertreter,

„Gemeinderat ist nicht die Erfüllung der persönlichen Eitelkeit, sondern die Demut der Verpflichtung“. Mit den Worten von Will Foley, einem AfD-kritischen Mitglied einer Backnanger Facebook-Gruppe, möchte ich unsere allererste Haushaltsrede im Gemeinderat der großen Kreisstadt Backnang eröffnen. Diesen Satz haben wir uns zur Maxime gemacht.

Zuallererst möchten wir uns bei den Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen, bei den Einzelstadträten sowie auch bei der Verwaltung ganz herzlich für die unvoreingenommene, hervorragende Zusammenarbeit und den fairen, von gegenseitigem Respekt getragenen Umgang miteinander bedanken. Man merkt sehr deutlich, dass wir zum einen „lediglich“ Kommunalpolitik machen und zum anderen alle ein gemeinsames Ziel haben: das Wohl unserer Stadt und seiner fünf Ortschaften – wenn auch nicht immer mit den gleichen Ansätzen und Vorstellungen.

Backnang leidet finanziell unter Entscheidungen, die im fernen Berlin getroffen und in den Kommunen ausgebadet werden müssen. Dies sind nicht nur kostentreibende Regelungen wie zum Beispiel der gesetzliche Anspruch auf einen KiTa-Platz ab dem ersten Lebensjahr, sondern auch der durch die irrwitzige Klimahysterie befeuerte Beginn einer wirtschaftlichen Rezession und dem damit verbundenen Wegfall von Steuereinnahmen nebst explodierender Energie- und Baukosten.

Ihre Ansicht, sehr geehrter Herr Janocha, dass es sich bei der kommenden Rezession um eine kurzfristige „Delle“ handle, teilen wir nicht. Bei allen bisherigen „Dellen“ – und das bitten wir zu bedenken – handelte es sich um Konjunkturschwächen; heute werden jedoch unsere Kernindustrien – Autoindustrie, Zulieferer, Maschinenbau – auf dem Altar eines aus dem Ruder gelaufenen und unbezahlbaren Klima- und Umweltschutzes geopfert. Erste Auswirkungen kann man bereits in der direkten Nachbarschaft spüren: die Schließung des Conti-Werks mit 380 Mitarbeitern in Oppenweiler, Entlassungen sowie geplanter Standortwechsel ins Ausland bei Murr-Elektronik, Entlassungen bei Erkert in Sulzbach, von den Großen wie Daimler, Bosch, Audi etc. ganz zu schweigen... die Liste lässt sich unendlich weiterführen, das betrifft selbstverständlich auch in Backnang wohnende Arbeitnehmer und somit auch die Backnanger Finanzen.

Dies macht es unabdingbar notwendig, noch mehr als bisher alle geplanten und noch zu planenden Vorhaben genauestens auf den Prüfstand zu stellen und größere finanzielle Risiken längerfristig zu vermeiden oder zu verschieben.

Dennoch haben wir uns – wenn auch mit sehr mulmigem Gefühl – entschieden, den Neubau der Karl-Euerle-Halle mitzutragen. An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank an die Verwaltung für den Sachstandsbericht und die Möglichkeit einer Besichtigung. So konnten wir abwägen, dass das Vorhaben notwendig, eine Sanierung unsinnig, ein Neubau auf Dauer kosten- und ressourcensparender ist und die Planungen – auch kostenmäßig – zu weit fortgeschritten sind. Von der vorgeschlagenen Lösung der Zufahrts- und Parksituation sind wir allerdings nicht überzeugt.

Die AfD-Fraktion war die einzige, die durchgängig gegen alle Vorschläge zur Erhöhung der Realsteuersätze gestimmt hat. Bei der sich ankündigenden Rezession ist eine zusätzliche Belastung der Bürger und Gewerbebetriebe ein falsches Signal. Natürlich haben wir, Herr Oberbürgermeister, zu Kenntnis genommen, dass es immer der falsche Zeitpunkt für Steuererhöhungen ist, es gibt aber nicht ganz so falsche und völlig falsche Zeitpunkte.

Gerechtfertigt wurde die Realsteuererhöhung mit den steigenden Kosten in der Kinderbetreuung, insbesondere durch Schaffung von 19 zusätzlichen Stellen bei den Erzieherinnen und Erziehern. Dabei nehmen momentan bei den 0-3-jährigen nur ca. 21 % das Recht auf einen Kita-Platz in Anspruch. Nicht auszudenken, was passiert, wenn sich diese Quote auf ein Niveau wie Stuttgart (ca. 38 %) anhebt.

Insgesamt bereiten uns die hohen und ständig steigenden Ausgaben für Sozial- und Jugendarbeit große Sorgen, vor allem deshalb, weil wir in Backnang auf Dinge reagieren müssen, die in Berlin verbrochen werden, und die Kommunen hier offensichtlich nicht auf die Barrikaden gehen. Nächste Baustelle: Ganztagsbetreuung in der Grundschule. „Wer bestellt, zahlt“, diese Regel gilt in vielen Bereichen leider nicht mehr, unbefangen dessen sind auch Bundes- und Landeszuschüsse letztlich nichts Anderes als Steuergelder.

Leider konnten wir den Tempo-40-Test“ auf dem Innenstadtring nicht verhindern. Unsere belegbaren Einwände, dass Fahrzeuge dabei mehr Schadstoffe ausstoßen als bei Tempo 50 wurden nicht ernst genommen. Alle von der Verwaltung angeführten Gründe lassen sich bei genauerer Betrachtung widerlegen:

- alle Gutachten widerlegen die Annahme, das langsamere Autos weniger Schadstoffe ausstoßen, bestätigt selbst das Landesumweltamt;
- von einer Verstetigung des Verkehrsflusses durch Tempo 40 kann man in Anbetracht der Baustellensituation in Backnang sowie der unvollendeten B14 wohl kaum reden;
- der Schutz von Fußgängern ist kein Argument, wenn man bestehende 30-Zonen aufhebt;
- ob die Schadstoff-Einsparung von gerade mal 1 µg/m³ in der Eugen-Adolff-Straße der Geschwindigkeitsbeschränkung oder der besseren Luftzirkulation auf Grund Abriss der Schlosserei geschuldet ist, wurde von der Verwaltung nicht erwähnt;
- und letztlich sprechen wir von fragwürdigen Schadstoffgrenzen, die vor allem in der Advents- und Weihnachtszeit in jedem Wohnzimmer hundertfach überschritten werden.

Dass wir nicht grundsätzlich gegen Umweltschutz sind, zeigt nicht nur unser Antrag zur Begrünung der Backnanger Bushaltestellendächer, sondern eben gerade auch unsere Ablehnung der umweltschädlicheren Tempo-40-Zonen. Wir werden sehen, ob es bei der einjährigen Testphase bleibt und was diese ergibt...

Apropos Verkehr in Backnang: bevor wir uns Gedanken über ein Stadtticket machen, sollte dringend versucht werden, Lücken in Linien und Fahrplänen des ÖPNV zu schließen. Wir haben dankend zur Kenntnis genommen, dass die Stadtverwaltung bereits daran arbeitet und sind auf die Ergebnisse gespannt.

Der Fahrradverkehr zählt nicht zu unseren Kompetenzen. Darum wollen wir uns zu diesem Thema nicht auslassen, werden jedoch jeden Vorschlag unserer Ratskolleginnen und -kollegen unterstützen, der sinnvoll ist und nicht zu Lasten des übrigen Verkehrs geht.

Die unzähligen Vorhaben werden bis 2023 dazu führen, dass sich die Schulden Backnangs mindestens versechsfachen, das entspricht einer Erhöhung der Pro-Kopf-Verschuldung von derzeit 100 auf 575 Euro in 2023. Von den Stadträten – teilweise auch bereits von uns – wurden für diesen Zeitraum Verpflichtungserklärungen in Höhe von 54,5 Mio Euro abgegeben, darin ist die begrüßenswerte Digitalisierung der Schulen noch gar nicht berücksichtigt. Gleichzeitig schrumpfen die liquiden Mittel von zurzeit 5,37 auf jeweils 1,78 Mio. Euro in den Jahren 2020 bis 2023.

Dies entspricht der Mindestliquidität gemäß Gemeindehaushaltsverordnung, wir fahren hier also auf absolutem Minimum. Auch wenn ab 2020 die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge nicht gedeckt werden können, nehmen Sie dies bitte nicht zum Anlass, über die nächste Realsteuererhöhung nachzudenken, Herr Dr. Nopper.

Rückblickend lässt sich konstatieren, dass die herausfordernde Arbeit im Gemeinderat sehr viel Spaß macht, ja teilweise sogar Mäulesmühle-Charakter besitzt. Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung soll an dieser Stelle ausdrücklich gelobt werden. Wir können uns glücklich schätzen, dass unsere Stadt solch ausgewiesene Spezialisten und engagierte Mitarbeiter hat. Liebe Amtsleiterinnen und Amtsleiter, bitte geben Sie unseren Dank auch an Ihre Mitarbeiter weiter.

Wir freuen uns auf die Aufgaben und Herausforderungen, die das Jahr 2020 bringen wird und wünschen Ihnen allen schon jetzt ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Antrag

Wir beantragen die Prüfung einer Rücknahme der Murrbäder in die Eigenverwaltung der Stadt Backnang.